

Quelle: lazarus.at/2023/02/04/volkshilfe-oesterreich-fordert-laufende-pflegereform-im-jahr-2023-dringend-fortsetzen

Volkshilfe Österreich fordert: Laufende Pflegereform im Jahr 2023 dringend fortsetzen

✘ Präsident Ewald Sacher und Direktor Erich Fenninger fordern für 2023 dringend weitere Maßnahmen zur Pflegereform ein. Denn im Wahljahr 2024 drohe Stillstand.



„Nächstes Jahr stehen Nationalratswahlen an. Was heuer nicht in Angriff genommen wird, bleibt sehr lange unerledigt. Und das können wir uns im Bereich der Pflege und Betreuung nicht leisten“, mahnt Präsident Ewald Sacher und verweist auf die beginnenden Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, die für den Pflegebereich besondere Bedeutung haben. Österreich habe im Vergleich zu anderen europäischen Ländern einen deutlichen Aufholbedarf im Pflegesektor, ergänzt Volkshilfe-Direktor Erich Fenninger (li.).

Was muss also noch im Jahr 2023 passieren:

- Die im Vorjahr - mit Umsetzungsproblemen - vom Bund erfolgreich eingeführte, dauerhafte Entgelterhöhung sollte ab 2023 als monatliche Auszahlung erfolgen, sodass bundesweit alle bezugsberechtigten Zielgruppen den gleichen Betrag nach einheitlichen Spielregeln als Bonus ausbezahlt bekommen.
- Der neue monatliche Zuschuss für Auszubildende in Pflege- und Betreuungsberufen in Höhe von 600 Euro müsse schon jetzt auch über Ende 2025

hinaus verlängert werden. Berufliche Umsteiger*innen sollten – ähnlich wie bei der Polizei (rund 1.800 Euro brutto monatlich) – entlohnt werden.

- Eine Offensive für mehr Ausbildungsplätze in den Bundesländern werde immer dringlicher.

- Darüber hinaus sei qualifizierte Zuwanderung unverzichtbar. Mit dem Aufenthaltstitel „Rot-Weiß-Rot - Karte“ wurde ein System qualifizierter Zuwanderung für Drittstaatsangehörige geschaffen. Doch es gebe Informationslücken und bürokratische Hürden, verbunden mit hohen Kosten. Die Verfahren zur Berufsankennung müssten vereinfacht und beschleunigt werden.

- Der Pflege- und Betreuungsbereich biete laut Volkshilfe große Chancen für Migrant*innen. Ein weniger restriktives Staatsbürgerschaftsrecht könnte die Integration vertiefen.

- Der Zugang zu Ausbildungen in Pflege- und Betreuungsberufen für Asylwerber*innen sollte rasch ermöglicht werden.

- Nicht zuletzt fordert die Volkshilfe auch eine verstärkte Steuerfinanzierung der Pflege, wofür in der Bevölkerung viel Verständnis vorhanden sei. Mehr Geld bedeute vor allem, die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen verbessern zu können und mehr Zeit für Patient*innen zu haben. Die anlaufenden Verhandlungen zum Finanzausgleich böten laut Gesundheits- und Sozialminister Johannes Rauch die Gelegenheit, wichtige Teile der Pflegereform einzubeziehen.